

# Die Flüchtlingslüge 2017 – Und es wiederholt sich doch - Teil 1

17.07.2017, aikos2309 | [Originalartikel](#)

**„Eine Situation wie die des Sommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Ende vergangenen Jahres. Doch wie war dieser Satz gemeint? Soll es keine Massenzuwanderung mehr nach Europa geben?**



Oder dürfen lediglich keine Bilder mehr von überfüllten Bahnhöfen und Strassen über deutsche Fernsehgeräte laufen – erst recht nicht vor der Bundestagswahl? (Flüchtlingskrise: Italien droht mit Hafensperre – Frankreich riegelt Grenze ab – Polizei ermittelt gegen »Seenotretter«)

## **Massenzuwanderung: Selbstaufgabe ist kein Wert**

Das Wort „Obergrenze“ kommt im gemeinsamen Wahlprogramm der Union nicht einmal als Willenserklärung vor. Das heisst, die nächste unionsgeführte Regierung behält sich vor, die Veränderung der Bevölkerungsstruktur fortzusetzen und gegebenenfalls zu beschleunigen. Die AfD, um als Korrektiv zu wirken, müsste 20 Prozent erzielen, was utopisch erscheint (Vereinte Nationen fordern Bevölkerungsaustausch von Deutschland).

Das Buch „Die Getriebenen“ von Robin Alexander, der Report aus dem bundesrepublikanischen Machtgetriebe zu Beginn der Massenzuwanderung, hat den fälligen Nachweis erbracht: Wir sind ein Land ohne politische Elite.

Statt von klarsichtigen Analytikern und entscheidungsfähigen Staatslenkern werden wir von Funktionären im Angestelltenformat geführt, die zwischen Opportunismus, politischer Romantik und Gesinnungsfanatismus schwanken, die autoritär und zugleich unterwürfig sind und selbst in elementaren Fragen ihre persönlichen und parteipolitischen Eifersüchteleien in den Vordergrund stellen.

Jetzt sind sie gefangen in der normativen Kraft des Faktischen, die sich aus ihren Fehlentscheidungen ergibt, so dass ein politischer Kurswechsel einer Selbstdelegitimierung gleichkäme. Wir haben von ihnen nichts mehr zu erwarten.

## **Hoffnungsschimmer Osten**

Wer einen Hoffnungsschimmer ausmachen will, muss den Blick über den nationalen Tellerrand nach Osten heben. Hoffnung liegt in der Weigerung Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei, sogenannte Flüchtlinge aufzunehmen und ihre Länder langfristig als Reduits der europäischen Zivilisation zu erhalten.

Wir erleben die Umkehrung der Verhältnisse, wie sie bis 1989 in Europa herrschten. Damals mussten die Menschen östlich des Eisernen Vorhangs hoffen, dass der Westen für sie einstand. Heute muss man im Westen, insbesondere in der Bundesrepublik, hoffen, dass die östlichen Länder den Zug ins Blaue, den ihre falschen Eliten in Gang gesetzt haben, aufhalten oder wenigstens verzögern.

Kein einziges westeuropäisches Land, auch nicht die alten Kolonialmächte Grossbritannien und Frankreich, können den Nachweis erbringen, dass eine Massenzuwanderung aus Afrika und dem moslemischen Raum sich unterm Strich positiv auswirkt. Der Vorwurf, die Osteuropäer würden gegen die „europäischen Werte“ verstossen, ist lächerlich. Die Selbstaufgabe ist kein europäischer Wert!

Und von Warschau, Prag, Pressburg und Budapest in der Frage „Solidarität“ einzufordern, ist geradezu eine Frechheit. Warum sollten sie die Folgen einer elementaren Fehlentscheidung, an der sie gar nicht beteiligt waren, mittragen, zumal ihre Verursacher es ablehnen, sie zu korrigieren? (Ernüchternde Bilanz: Flüchtlinge sind für den deutschen Arbeitsmarkt unbrauchbar)

## **Gesellschaftspolitisch kein Vorbild mehr**

Fast 30 Jahre nach dem Mauerfall sollten die Westeuropäer einsehen, dass sie zwar um ihren aus der Vergangenheit herrührenden materiellen Vorsprung weiterhin beneidet werden. Gesellschaftspolitisch sind sie aber keine Vorbilder mehr, und die Entwicklungen in Belgien, Schweden oder in den Pariser Banlieues wirken geradezu abschreckend.

Die Osteuropäer unter Druck zu setzen und ihnen mit der Aussetzung von EU-Geldern zu drohen, ist arrogant und eine politische Dummheit. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sprach vom „moralischen Imperialismus“ Berlins.

Nicht nur er sieht die alten Anmassungen des „hässlichen Deutschen“ unter neuen Vorzeichen zurückkehren. Damit zerstört die Bundesregierung Vertrauenskapital und dementiert die eigene Fähigkeit zu politischer Führung.

Der Historiker Rolf Peter Sieferle prognostizierte kurz vor seinem Selbstmord sogar, dass ein Wählervotum zugunsten Merkels, die mit ihrer Politik ganz

Europa destabilisiert hätte, den Auftakt für eine neue deutsche Kollektivschuld-Legende bilden würde.

### **Auch Österreich geht auf Distanz zu Berlin**

Auch Österreich ist auf Distanz zu Berlin gegangen. Aussenminister Sebastian Kurz hatte eigenständig die Schliessung der Balkanroute initiiert, und auch der sozialdemokratische Kanzler Kern steht den ehemaligen k. u. k. Ländern in der Migrationsfrage näher als seinen bundesdeutschen Parteifreunden.

Ob es sich um einen alternativen aussenpolitischen Ansatz in habsburgischer Tradition handelt oder bloss um ein Täuschungsmanöver, um der FPÖ Wählerstimmen abzujagen, wird sich schnell herausstellen. Europa dürfe keine Festung werden, donnert es aus Brüssel, Berlin, Paris. Was aber dann?

Im Zuge der Grenzkontrollen, die während des G20-Gipfels durchgeführt wurden, sind mehrere hundert Kriminelle herausgefischt worden. Zwar kein perfekter, aber ein effektiver Grenzschutz ist also möglich! Das Geschäft der Schlepper liesse sich durch das Abschneiden der Mittelmeerroute beenden. „Aktivisten“ und NGOs, die sich gleichfalls als Schlepper betätigen, sollten kostenpflichtig zur Verantwortung gezogen werden. Statt dessen schwadronieren deutsche Politiker und Publizisten über die „Bekämpfung der Fluchtursachen“ (Flüchtlingskrise: Am Nasenring der Schlepper).

### **Die Abschottung ist rational**

Der christsoziale Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller, machte im Bundestag die Europäer dafür verantwortlich, „dass die Menschen zu uns kommen und sich dann holen, was ihnen gehört“ und huldigte damit einem Vulgärmarxismus à la Brecht: „Und der Arme sagte bleich: 'Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.'“

Auch die zivilreligiöse Aufladung des Klimawandels dient der Konstruktion eines europäischen Schuldmythos, der durch die Aufnahme von „Flüchtlingen“ abzubüssen sei.

Was dagegen kaum erwähnt wird: die Herrschaft der Kleptokraten; die Zerstörung landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Überweidung; die Enteignung weisser Landwirte in Afrika, die zum Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Produktion führt; und vor allem das Fehlen einer Geburtenkontrolle, um die Bevölkerungsexplosion zu beenden, die jeden Keim von Prosperität aufzehrt und sich in Bürgerkriegen entlädt.

Unter diesen Umständen ist die Abschottung unserer östlichen Nachbarn von politischer Rationalität geprägt. Ex oriente lux<sup>1</sup>?

---

<sup>1</sup> Licht aus dem Osten

## Die Flüchtlingslüge 2017 - Europa schafft sich ab – Teil 2

19.09.2017, aikos2309 | [Originalartikel](#)

**Ein Bus voll mit afrikanischen Einwanderern fährt im sizilianischen Messina auf eine Fähre und setzt über aufs Festland. So endete „Die Flüchtlingslüge 2017 – Und es wiederholt sich doch“, die grosse Junge Freiheit-TV Dokumentation über die Lage auf der zentralen Mittelmeerroute.**



Doch wie geht es von dort aus weiter? Wie verhalten sich die vielen Afrikaner, die in den letzten Jahren nach Italien gekommen sind? Und wie hat sich „Bella Italia“, das „Lieblingsland der Deutschen“, durch die Massenzuwanderung verändert?

Im August nahmen JF-Reporter Hinrich Rohbohm und JF-TV Regisseur Marco Pino die Spur in Messina wieder auf und folgten dem Migrationsstrom von Süditalien bis in die Alpen.

Sie zeigen, wie Massenzuwanderung ein weiteres Land an seine Grenzen bringt und wie Polizei und Grenzschrützer gegen das Chaos ankämpfen, das die Politik an Europas Aussengrenzen angerichtet hat.

Ein Chaos, das der Beginn vom Ende Europas sein könnte (Asylklagen fast doppelt so hoch wie im Vorjahr – Merkel schliesst weiter jede Obergrenze beim Zuzug aus (Videos)).

### **UN-Plan: »Austauschmigration« für Deutschland**

Die Abteilung Bevölkerungsfragen der VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten hat bereits im Jahr 2000 einen Bericht mit dem Titel »Bestandserhaltungsmigration: Eine Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen?« veröffentlicht.

### **Verdummung für deutsche Leser?**

In der deutschen Übersetzung heisst es verharmlosend »Bestandserhaltungsmigration«, in der englischen Ausgabe »Replacement Migration«, also

»Austauschmigration« (Vereinte Nationen fordern Bevölkerungsaustausch von Deutschland).

Das klingt doch viel »ehrlicher«.

Im UN-Bericht heisst es:

*»Der Begriff ‚Bestandserhaltungsmigration‘ bezieht sich auf die Zuwanderung aus dem Ausland, die ein Land benötigt, um die aus niedrigen Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsraten seiner Bevölkerung resultierende Abnahme und Alterung seiner Bevölkerung zu vermeiden (...)*

*Gemäss den Vorausschätzungen wird die Bevölkerung in den meisten entwickelten Ländern in den nächsten 50 Jahren aufgrund einer niedrigen Fruchtbarkeitsrate und einer steigenden Lebenserwartung zurückgehen und zugleich altern (...)*»

Und dann der wichtigste Satz:

*»Ein Rückgang der Bevölkerung wird ohne Bestandserhaltungsmigration (im engl.: ‚Austauschmigration‘) unvermeidlich sein.»*

Und weiter:

*»Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um einen Rückgang der Gesamtbevölkerung aufzufangen, ist erheblich höher als die in den VN-Prognosen vorhergesehene Zahl (...)*Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um eine Schrumpfung der Personengruppe im arbeitsfähigen Alter zu verhindern, ist höher als die Zahl, die notwendig ist, um einen Rückgang der Gesamtbevölkerung aufzufangen ( ...) bei Japan, Deutschland und Italien läge dieser Anteil zwischen 30 und 39 Prozent. »

Der UN-Bericht wird noch deutlicher:

*»Im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgrösse bräuchten Italien und Deutschland die höchste Anzahl von Einwanderern, um den Bestand ihrer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zu erhalten. Italien benötigte jährlich 6'500 Zuwanderer pro 1 Million Einwohner und Deutschland 6'000 ...»*

Für Deutschland hiesse das:

Eine jährliche (Netto)-Zuwanderung von 324'000 Menschen. Bis 2050 wären von 82 Millionen »Deutschen«, 23 Millionen (28%) Migranten oder deren Nachkommen.

Und zum Schluss die Aufforderung an die Parteien:

*»Die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung werden eine umfassende Neubewertung zahlreicher etablierter Politiken und Programme mit einer langfristigen*

*Perspektive erfordern...» (In Europa wird gerade die Bevölkerung ausgetauscht)*

Das alles ist hier nachzulesen:



## **BESTANDSERHALTUNGSMIGRATION: NEUER BERICHT DER ABTEILUNG BEVÖLKERUNGSFRAGEN DER VEREINTEN NATIONEN VERÖFFENTLICHT**

[Originalartikel](#)

Die Abteilung Bevölkerungsfragen der VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten hat einen neuen Bericht mit dem Titel "Bestandserhaltungsmigration: Eine Lösung für abnehmende und alternde Bevölkerungen?" veröffentlicht. Der Begriff "Bestandserhaltungsmigration" bezieht sich auf die Zuwanderung aus dem Ausland, die ein Land benötigt, um die aus niedrigen Fruchtbarkeits- und Sterblichkeitsraten seiner Bevölkerung resultierende Abnahme und Alterung seiner Bevölkerung zu vermeiden.

Vorausschätzungen der Vereinten Nationen zufolge werden zwischen 1995 und 2050 die Bevölkerungen Japans sowie nahezu aller Länder Europas schrumpfen. Einige Länder, darunter Estland, Bulgarien und Italien, könnten zwischen einem Viertel und einem Drittel ihrer Bevölkerung verlieren. Die Bevölkerungsalterung wird so nachhaltig sein, dass das Medianalter der Bevölkerung eine noch nie gesehene Höhe erreichen wird. So wird das Medianalter beispielsweise in Italien von 41 Lebensjahren im Jahr 2000 auf 53 Jahre im Jahr 2050 ansteigen. Das potenzielle Unterstützungsverhältnis – d. h. das Verhältnis von Personen im arbeitsfähigen Alter (15-64 Jahre) zu Personen über 65 Jahren – wird sich in vielen Fällen halbieren, von 4 oder 5 auf 2.

Der Schwerpunkt des Berichts liegt auf diesen beiden auffallenden und kritischen Trends. Acht Länder mit niedrigen Fruchtbarkeitsraten (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, die Republik Korea, die Russische Föderation und die Vereinigten Staaten) und zwei Regionen (Europa und die Europäische Union) wurden im Detail untersucht. In jedem Fall werden alternative Szenarien für den Zeitraum von 1995-2050 in Betracht gezogen, die die Auswirkungen verschiedener Einwanderungsniveaus auf die Grösse und den Alterungsprozess der Bevölkerung deutlich machen.

Die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts:

- Gemäss den Vorausschätzungen wird die Bevölkerung in den meisten entwickelten Ländern in den nächsten 50 Jahren auf Grund einer niedrigen Fruchtbarkeitsrate und einer steigenden Lebenserwartung zurückgehen und zugleich altern. Im Gegensatz dazu wird sich die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten um fast 25 Prozent erhöhen. Von den untersuchten Ländern wird Italien den grössten relativen Bevölkerungsverlust verzeichnen; nach der mittleren Variante der VN-Prognosen wird seine Bevölkerung zwischen 1995 und 2050 um 28 Prozent schrumpfen. Die Einwohnerzahl der Europäischen Union, die 1995 noch um 105 Millionen Menschen höher war als die der Vereinigten Staaten, wird im Jahre 2050 um 18 Millionen unter der US-Einwohnerzahl liegen.
- Ein Rückgang der Bevölkerung wird ohne Bestandserhaltungsmigration unvermeidlich sein. Die Fruchtbarkeitsrate könnte in den nächsten Jahrzehnten zwar wieder ansteigen, aber nur wenige glauben, dass sie ein Niveau erreichen wird, das den Bevölkerungsbestand in den meisten Ländern in absehbarer Zukunft sichert.
- In allen untersuchten Ländern und Regionen wird Einwanderung nötig sein, um einen Bevölkerungsrückgang zu vermeiden. Die Höhe der Einwanderung variiert jedoch stark im historischen Vergleich. Innerhalb der Europäischen Union würde eine Fortsetzung des in den neunziger Jahren festgestellten Einwanderungsniveaus in etwa ausreichen, um einen Bevölkerungsschwund zu verhindern. Für Gesamteuropa müssten sich die Einwanderungszahlen jedoch verdoppeln. Die Republik Korea benötigte lediglich eine relativ mässige Nettoeinwanderung, was allerdings für ein Land, das bislang zu den Nettoabwanderungsländern zählt, eine wesentliche Veränderung bedeuten würde. Italien und Japan bräuchten einen beträchtlichen Anstieg ihrer Nettoeinwanderungsrate. Im Gegensatz dazu könnten Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten auch bei einem Rückgang ihrer in den letzten Jahren verzeichneten Einwanderungsraten ihren Gesamtbevölkerungsbestand erhalten.
- Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um einen Rückgang der Gesamtbevölkerung aufzufangen, ist erheblich höher als die in den VN-Prognosen vorhergesehene Zahl. Die einzige Ausnahme bilden die Vereinigten Staaten.
- Die Zahl der Einwanderer, die notwendig ist, um eine Schrumpfung der Personengruppe im arbeitsfähigen Alter zu verhindern, ist höher als die Zahl, die notwendig ist, um einen Rückgang der Gesamtbevölkerung aufzufangen. Für einige Länder, wie beispielsweise die Republik Korea, Frankreich, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, ist diese Zahl um ein Vielfaches höher. Sollten derartige Wanderungsbewegungen stattfinden, würden die nach 1995 eingewanderten Personen und ihre

Nachkommen im Jahre 2050 einen auffallend hohen Anteil an der Gesamtbevölkerung haben; bei Japan, Deutschland und Italien läge dieser Anteil zwischen 30 und 39 Prozent.

- Im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungsgrösse bräuchten Italien und Deutschland die höchste Anzahl von Einwanderern, um den Bestand ihrer Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter zu erhalten. Italien benötigte jährlich 6'500 Zuwanderer pro 1 Million Einwohner und Deutschland 6'000. Die Vereinigten Staaten benötigten die geringste Zahl - jährlich 1'300 Zuwanderer pro 1 Million Einwohner.
- Das Wanderungsniveau, das notwendig ist, um das Altern der Bevölkerung aufzuhalten, übersteigt um ein Vielfaches die Wanderungsströme, deren es bedarf, um den Bevölkerungsrückgang aufzuhalten. Um das potenzielle Unterstützungsverhältnis aufrechtzuerhalten, müssten in allen Fällen bislang unerreichte und jeglichen vernünftigen Erwartungen widersprechende Einwanderungsvolumina erreicht werden.
- Ohne Einwanderung könnte das potenzielle Unterstützungsverhältnis nur auf seinem derzeitigen Niveau gehalten werden, wenn die Altersobergrenze der Personen im arbeitsfähigen Alter auf etwa 75 Jahre angehoben würde.
- Die neuen Herausforderungen im Zusammenhang mit einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung werden eine umfassende Neubewertung zahlreicher etablierter Politiken und Programme mit einer langfristigen Perspektive erfordern. Zu den kritischen Fragen, die angegangen werden müssen, gehören: (a) das geeignete Rentenalter; (b) die Höhe und die Art der Renten- und Krankenversicherungsleistungen für die ältere Generation; (c) die Erwerbstätigen; (d) die Höhe der veranlagten Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Deckung der Renten- und Krankenversicherungsleistungen für die Älteren; und (e) Politiken und Programme im Zusammenhang mit der internationalen Wanderung, insbesondere der Bestandserhaltungsmigration und der Eingliederung einer grossen Zahl neuerer Einwanderer und ihrer Nachkommen.

---

*Der Bericht kann auf der Web-Seite der Abteilung Bevölkerungsfragen eingesehen werden: (<http://www.un.org/esa/population/unpop.htm>). Weitere Informationen sind erhältlich bei: Hania Zlotnik, Director, Population Division, United Nations, New York 10017, USA; Tel.: 001-212-963-3179, Fax: 001-212-963-2147.*